

Die PTT-Union kündigt energischen Widerstand gegen die Aufspaltung der PTT an.

PTT-Union will kämpfen

Der Bund kann 1996 keine Millionen aus PTT-Unternehmensgewinnen erwarten. Die PTT planen einen operativen Gewinn von 1,2 Milliarden Franken, budgetieren aber - mit Blick auf die Verselbständigung von Post und Telecom - Wertberichtigungen in derselben Höhe. Für eine gemeinsame Holding kämpft die PTT-Union.

Der Voranschlag 1996, den der PTT-Verwaltungsrat zuhanden des Bundesrats verabschiedet hat, weist Gesamterträge und -aufwendungen von je 14'978 Millionen Franken aus, wie die PTT am Donnerstag mitteilten. Wegen der Wertberichtigungen, die im Zusammenhang mit dem Restrukturierungsbedarf nötig erscheinen, soll 1996 kein Geld an die Bundeskasse abgeliefert werden, wie Dieter Syz, Präsident der Generaldirektion PTT sagte.

Die PTT haben in den letzten zehn Jahren rund 1,3 Milliarden Franken an den Bund abgeliefert. Allein im letzten Jahr waren es 300 Mio. Franken, 1986 deren 200. Auch 1989 und 1993 (150 Mio. Fr.) sowie 1985, 1987 (und 1988 (170 Mio. Fr.)) kam der Bund in den Genuss von PTT-Millionen. Die Telecom soll ihre Ertragskraft weiter steigern, die Post weist operativ erstmals schwarze Zahlen aus. Während die Telecom einen Verkehrszuwachs von 3,5 Prozent erwartet, rechnet die Post mit einem Absatzvolumen auf der Höhe des Vorjahrs. Diese Leistungen sollen mit einem durchschnittlichen Personalbestand von 59'045 Mitarbeitern erbracht werden; 1994 waren es noch 60'208 Personen.

PTT-Union: Mit allen Mitteln

Mit allen politischen Mitteln will die PTT-Union die Vorlage des Bundesrates für das Organisationsgesetz PTT bekämpfen. Würden Post und Telecom nicht einer gemeinsamen Holding unterstellt, werde die PTT in ihrer heutigen Form abgeschafft, hiess es an einer Pressekonferenz des rund 29'000 Mitglieder umfassenden Personalverbands. Die rentable Telecom PTT werde dadurch dem Bund weggenommen und privatisiert. Die Post solle dann die defizitären Aufgaben des „amputierten Monopolbereichs“ erledigen. Sollte das Parlament den Bundesratsentwurf nicht korrigieren, überlegt sich die PTT-Union das Referendum. Daneben beabsichtigt die PTT-Union, die Kundinnen und Kunden mit Massnahmen auf die Entwicklung hinzuweisen. Sogar Kampfmassnahmen liegen im Bereich des Möglichen.

Würde das Organisationsgesetz bundesratskonform umgesetzt, sei die flächendeckende Grundversorgung nicht mehr gewährleistet, sagte PTT-Union-Generalsekretär Hans Ueli Ruchti. Die Folgen seien Tarifierhöhungen und Qualitätsverschlechterung.

Berner Tagwacht, 15.9.1995.

PTT-Union > PTT. Privatisierung. TW, 1995-09-15